

Dringliche Anfrage

Hannover, den 07.12.2020

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ist die Exzellenzstrategie der Landesregierung Sparen?

Die Große Koalition in Niedersachsen kürzt mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2021 den Etat für Wissenschaft und Kultur um insgesamt 32 Millionen Euro. Zu den Einsparungen aus dem Jahr 2020 in Höhe von 24,3 Millionen kommen nun noch einmal 7,439 Millionen Euro hinzu. Begründet werden die weiteren Einsparungen über die Globale Minderausgabe mit der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf den Haushalt. Allein die Hochschulen in Niedersachsen müssen insgesamt fast 25 Millionen dieser Globalen Minderausgabe erbringen. Das hat Folgen.

So berichtete die HAZ am 16. November 2020 unter dem Titel „Zukunft von Meteorologie und Klimaforschung an der Leibniz Uni gefährdet“ erstmals über Einsparungen an der Leibniz Universität Hannover. Nur für das kommende Jahr muss die Universität 5 Millionen Euro einsparen. Die Gründe dafür sind die globale Minderausgabe der Landesregierung und ein deutlich teurerer Stromvertrag, den das Land ausgehandelt hat.

Seitdem reißen die Meldungen über Einsparungen nicht ab. Seit Mitte November wird die offiziell bekannte Streichliste der Leibniz Universität länger und länger. Bisher öffentlich bekannt sind:

- das Auslaufen des konsekutiven Studiengangs und die Schließung des Instituts für Meteorologie,
- die Nichtwiederbesetzung von zwei Professuren im Bereich der Architektur - Tragwerkskonstruktion und Theorie,
- die Nichtwiederbesetzung der einzigen niedersächsischen Professur für afrikanische Geschichte.

Insgesamt sind nach Presseberichten bis zu 100 Stellen in Verwaltung, Wissenschaft und Lehre, darunter mindestens 22 Professuren, von den Einsparplänen der Universität betroffen.

Aber nicht nur an der Leibniz Universität Hannover wird über einschneidende Sparmaßnahmen nachgedacht. So wandten sich die Landeshochschulkonferenz und die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen zusammen mit namhaften Leiterinnen und Leitern weiterer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Niedersachsen an die Landesregierung und machten deutlich, welche Auswirkungen die für 2021 vorgesehenen und für die nächsten Jahre zu erwartenden globalen Minderausgaben an den Universitäten und Hochschulen haben werden. So sehen die Autorinnen und Autoren in den Einsparungen eine deutliche Schwächung des Wissenschaftsstandortes Niedersachsen, und in deren Folge werden die „Zukunft der Leistungsfähigkeit des Landes Niedersachsen“ sowie die „Wettbewerbsfähigkeit um Studierende und Forschende“ in Gefahr gesehen.

In einer Ausschussunterrichtung am Montag, den 30. November 2020 sah Minister Thümler die Folgen der vorgesehenen und geplanten Einsparungen und stellte fest: „Aus meiner Sicht bedeutet die Tatsache, dass auch im Hochschulbereich eine globale Minderausgabe erbracht werden muss, eine Schwächung sowohl des Lehr- als auch des Wissenschaftsstandortes Niedersachsen.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie will die Landesregierung dem durch die Einsparungen im Haushalt 2021 drohenden Verlust an Studienplätzen und Studiengängen an den Universitäten und Hochschulen in Niedersachsen entgegenwirken?

2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um eine Schwächung des Lehr- und Wissenschaftsstandortes Niedersachsen zu verhindern?
3. Wie stellt die Landesregierung die Planungssicherheit für die Universitäten und Hochschulen in den kommenden Jahren sicher?

Helge Limburg

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 07.12.2020)